

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 18. Jänner 1967

Blatt 135

Geehrte Redaktion!

=====

Bereits im Vorjahr lag der Gemeinderätlichen Planungskommission eine Untersuchung über Parkraumprobleme vor, die Professor Dorfwirth für die Bezirke 1 bis 9 und 20 angestellt hat. Um Ihnen Gelegenheit zu geben, diese Untersuchung und die Ausstellung zu diesem Thema in der Volkshalle des Wiener Rathauses kennenzulernen (wir berichten darüber an anderer Stelle), laden wir Sie zu einer

Pressekonferenz

am Montag, dem 23. Jänner, um 11 Uhr, in der Volkshalle des Rathauses ein. Bürgermeister Bruno Marek, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und Baustadtrat Kurt Heller werden anwesend sein. (Eingang unter dem Rathaustrum.)

- - -

Enquete "Wien und seine Spitäler"
=====

18. Jänner (RK) Im Wilhelminenspital wurde heute die Enquete "Wien und seine Spitäler" mit dem Untertitel "Möglichkeiten der besseren Organisation und Rationalisierung" abgehalten. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Kommission, Gemeinderat Dr. Alfred Gisel, begrüßte Bürgermeister Bruno Marek die Veranstaltung. Hierauf hielt Dkfm. Siegfried Eichhorn, Lehrbeauftragter der Universität Köln und der Universität Düsseldorf, Vorstandsmitglied des Deutschen Krankenhausinstitutes, Düsseldorf, das erste Referat über "Rationalisierung im Krankenhaus".

Rationalisierung im Krankenhaus

Der Vortragende führte unter anderem aus, daß die Bemühungen um Rationalisierung der Krankenhausarbeit international seien. Überall kommen auf das Krankenhaus immer mehr Aufgaben zu, und die personellen und finanziellen Mittel sind begrenzt. In Deutschland zum Beispiel kamen 1938 von 1.000 Personen 85 ins Krankenhaus. Heute sind es hingegen 130 Personen. Die Aufenthaltsdauer betrug allerdings 1938 im Durchschnitt 40 Tage, heute 20 Tage.

Die Rationalisierung im Krankenhaus bedeutet nicht Technisierung, sondern stellt das Bemühen um das vernünftige und sparsame Wirtschaften dar, damit für den Patienten soviel wie möglich getan werden kann. Rationalisierungsbestrebungen sind also nicht nur darauf ausgerichtet, zu sparen, sondern ebenso sehr, die Leistungen für den Patienten zu verbessern und die Arbeit für das Krankenhauspersonal zu erleichtern.

Der Referent beschäftigte sich dann mit der Rationalisierung durch Aufgabenverlagerung auf andere Bereiche der Krankenhausversorgung. Er stellte zunächst die Frage, ob alle Patienten in ein Krankenhaus gehören. Vielfach mangelt es heute an Möglichkeiten zur häuslichen Pflege, an Möglichkeiten zur ambulanten Betreuung in der Ordination des Arztes und auch an den technischen Einrichtungen der Ärzte. Hier könnten Hauspflege und der Zusammenschluß mehrerer Ärzte zu einer Gruppenpraxis mit den entsprechenden medizinisch-technischen Einrichtungen Abhilfe schaffen. Bei Untersuchungen in der DDR hat sich herausgestellt, daß ungefähr 10 Prozent der Patienten eigentlich nicht ins Krankenhaus gehören.

Eine andere Frage ist, ob die Patienten zu lange im Krankenhaus bleiben. In Deutschland beträgt die Aufenthaltsdauer, wie schon ausgeführt, durchschnittlich 20 Tage, in Schweden 13 Tage, in den USA 8 Tage. Zur Kürzung der Verweildauer gibt es mehrere Möglichkeiten, so die ambulante Vor-diagnostik und die ambulante Nachbehandlung, dann die Verkürzung der Zeit bis zur Einleitung der Diagnostik und Therapie und schließlich die Kürzung der Verweildauer in den letzten Tagen eines Krankenhausaufenthaltes, denn oft werden die letzten Tage als Erholungstage benützt. Es muß auch gesagt werden, daß die finanzielle Beteiligung der Patienten sich als bestes Mittel zur Verkürzung der Verweildauer im Spital erwiesen hat. Privatpatienten bleiben in Deutschland durchschnittlich 10 bis 15 Prozent weniger lang im Spital als Kassenpatienten.

Zur Rationalisierung der Krankenhausarbeit durch Arbeitsvereinfachung machte der Referent folgende Vorschläge:

Ein Kostenersparnis zwischen 10 und 20 Prozent kann allein die Zentralisierung von Hilfsdiensten bringen, zum Beispiel Wäschereinigung, allgemeine Reinigungsdienste, Sterilisierarbeit, Botendienste, zentrale Röntgendiagnostik und vor allem zentrale Operationsabteilung.

Durch Technisierung können Rationalisierungen ebenso erzielt werden; Beispiele sind der Einsatz von heizbaren Speisetransportwagen, Filmentwicklungsmaschinen in der Röntgendiagnostik und elektronische Datenverarbeitung in der Verwaltung. Wichtig sei auch, das Personal entsprechend seiner Qualifikation zu verwenden, das heißt, Diplomschwestern von Hausarbeit und Botendiensten zu entlasten.

Eine andere Möglichkeit der Arbeitsvereinfachung ist die Zentralisierung von Krankenhausdiensten für mehrere Krankenhäuser. Man kann die Aufgaben zwischen den einzelnen Krankenhäusern im Bereich von Diagnostik und Therapie verteilen. Nicht jedes Krankenhaus macht jede Laboruntersuchung, sondern spezialisiert sich sozusagen auf bestimmte Bereiche. Auch die Zentralisierung von Wäschereien, von Küchen mit Tiefkühlfertigkost, von technischen Diensten und der Beschaffungsangelegenheiten ist empfehlenswert.

Nachdrücklich betonte der Referent, wie wichtig es für die Krankenhausleitung sei, qualifizierte Persönlichkeiten einzusetzen. Alle Bemühungen um die Rationalisierung sind vergeblich, wenn man an die Spitze des Krankenhauses keine fähigen Leute stellt, die die Gedanken in die Praxis umsetzen können. Die besten Apparate nützen nichts, wenn das Personal nicht damit umzugehen weiß. Als dringendste Forderung bezeichnet Dr. Eichhorn deshalb die Ausbildung und Fortbildung der Krankenhausleitung und die Besetzung der oberen und mittleren Führung mit qualifizierten Kräften. Das Krankenhaus entspricht heutzutage einem komplizierten Industriebetrieb und muß deshalb nicht nur verwaltet werden, sondern auch geführt werden. Dazu gehört auch, daß das einzelne Krankenhaus eine bestimmte organisatorische Selbständigkeit besitzt, daß routinemäßige Tagesfragen nicht rein bürokratisch entschieden werden müssen, sondern im Krankenhaus selbst. Nur eine selbständige und bewegliche Krankenhausleitung kann die Forderung nach Rationalisierung erfüllen.

Abschließend erklärte der Referent, daß Rationalisierung keine einmalige Aufgabe sein kann, sondern ein laufender Prozeß sein muß. Deshalb kann auch die Arbeit einer Rationalisierungskommission nur dann erfolgversprechend sein, wenn daraus eine ständige Bemühung wird und nicht eine einmalige Angelegenheit.

./.

Wiener Spitalsprobleme

Als nächster Referent befaßte sich Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück mit Wiener Spitalsproblemen. Er führte aus:

"Mehr und mehr beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit Krankenhausfragen, mit Fragen, die sowohl die internen Angelegenheiten des Spitalles als auch dessen Beziehungen zur Außenwelt betreffen. Leider sind es meist Sensationsmeldungen, die dem Leser vorgesetzt werden. Nur sehr vereinzelt wird von einer seriösen Presse auf die ernste Situation und auf die existentiellen Sorgen unserer Krankenhäuser sachlich hingewiesen. Die Einstellung der Bevölkerung zum Krankenhaus, die soziale Bewertung und seine soziale Funktion haben sich im Laufe der Zeit jedenfalls entscheidend gewandelt.

Das Hospital des Mittelalters hat jahrhundertlang in unveränderter Art und Weise den Kranken Pflege und Unterkunft gewährt. Vorbild dieser Anstalten war das sogenannte Stifts-Krankenhaus. Erst die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte die große Wende. Langsam wird aus dem Sterbehau dank der großen medizinischen Fortschritte dieser Zeit eine Wirkungsstätte ärztlichen Bemühens. Die Furcht vor dem Krankenhaus weicht der berechtigten Hoffnung auf Heilung. Das Krankenhaus mittelalterlicher Prägung war für den gläubigen Christen die Stätte, wo er Fürsorge und Pflege erwarten durfte. Der Mensch unserer Zeit verlangt vom Krankenhaus, daß seine Gesundheit wiederhergestellt wird.

Mit bewunderungswürdiger Aktivität wurde Ende des 19. Jahrhunderts beziehungsweise am Beginn unseres Jahrhunderts in unserer Stadt mit dem Bau großer Humanitätsanstalten begonnen. Das Rudolfsspital zum Beispiel wurde als Armenkrankenhaus 1864 gebaut, das Wilhelminenspital, das Franz Josef-Spital und das Elisabethspital um 1890, das Altersheim Lainz im Jahre 1904, die Lungenheilstätte Baumgartner Höhe und das Psychiatrische Krankenhaus 1907, die neuen Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses 1908 und das Krankenhaus Lainz 1913. Diese Zeitspanne damals war die große Zeit der Errichtung von Humanitätsanstalten, die mit erstaunlichem Weitblick an wunderschönen Plätzen unserer Stadt gebaut wurden.

./.

Der erste Weltkrieg hat diese Entwicklung leider jäh unterbrochen. Auch in der Zwischenkriegszeit hat man nicht die erforderlichen Mittel gehabt und eingesetzt, auf diesen Sektoren den Notwendigkeiten und Bedürfnissen zu entsprechen. Nach dem zweiten Weltkrieg waren wiederum enorme Vernichtungen und Zerstörungen in unseren Anstalten zu beheben. Während jedoch auf der einen Seite sinnlos zerstört wurde, brachte der Krieg eine ungeahnte Entwicklung im technischen Bereich, eine Entwicklung, die nun auch im Zusammenwirken mit der medizinischen Wissenschaft Fortschritte erzielte, die bis dahin ohne Beispiel waren und für unmöglich gehalten wurden.

Auf der einen Seite überalterte und teilweise zerstörte Krankenanstalten, auf der anderen Seite eine geradezu lawinenartige Weiterentwicklung: das ist das Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Die vordringlichste Aufgabe dabei war und ist es, unsere Anstalten qualitativ vom baulichen Sektor her zu verbessern. Daß eine derartige Aufgabe kein Randproblem dieser Stadt sein kann, ist einleuchtend. Nahezu alle Einwohner kommen im Krankenhaus zur Welt. Die zunehmende Lebenserwartung unserer Zeit ist vor allem auf die Leistungen und Erfolge in diesen Anstalten zurückzuführen. Die Nachfrage nach Krankenhauspflege steigt von Jahr zu Jahr. Abgesehen davon, daß die Finanzierung der Krankenanstalten einer entsprechenden Regelung bedarf, die steigenden Defizite gerecht verteilt werden müssen, wenn sich kein echter Notstand anbahnen soll - wobei ich der Meinung bin, daß die Krankenhausfinanzierung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden ist -, mußte auch eine entsprechende Planung einsetzen. Dabei ist besonders eine enge Zusammenarbeit mehrerer Krankenhäuser eines Versorgungsgebietes notwendig.

Modernisierung und Neubau von Krankenanstalten

Bei meinem Amtsantritt waren bereits im großen und ganzen die vom Krieg verursachten ausgedehnten Zerstörungen behoben. Es galt also zunächst, Neues für die Zukunft zu planen, wobei man wohl sagen darf, daß der Nachholbedarf als außerordentlich umfangreich bezeichnet wird. Es wurde daher eine Planungs-

kommission ins Leben gerufen, die die Aufgabe hatte und hat, alle Anstalten der Gemeinde Wien zu durchleuchten und zu überprüfen, ob die jeweilige Anstalt noch durch entsprechenden Umbau modernisiert und damit den Erfordernissen unserer Zeit angepaßt werden kann oder ob ein Neubau zweckmäßiger wäre. Dieser Plan, der auf lange Sicht erstellt wurde, sieht die Modernisierung beziehungsweise Erneuerung der Krankenanstalten vor, wobei besonders - soweit abschätzbar - der zukünftige Stand der medizinischen Wissenschaft einerseits und die den heutigen Bedürfnissen angepaßte optimale Unterbringung und Versorgung der Patienten ihren Niederschlag finden soll.

Der Aufgabenkreis dieser Kommission mußte folgende Notwendigkeiten besonders beachten: 1. Die Schaffung von Spezialabteilungen in den großen Anstalten; ebenso die Bildung von zentralen Stellen in Versorgungsbereich. 2. Die Bettenzahl und deren Aufteilung auf die einzelnen Fachgebiete soll verändert werden, wo eine solche Veränderung notwendig erscheint. 3. Die Zahl und vor allem auch die Größe der zentralen medizinischen Einrichtungen, wie Röntgen-Zentrallaboratorium usw., sollen in der Planung, vor allem in Richtung der Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Entwicklung der Forschung Berücksichtigung finden. Diese Verbesserungen zielen auch auf eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer des Patienten ab. 4. Besonders wichtig ist die Frage, im Anschluß an das Akutkrankenhaus die Errichtung von geriatrischen Abteilungen beziehungsweise von Abteilungen für Chronischkranke zu planen. 5. Besondere Berücksichtigung soll die Schaffung von geeigneten Wohnmöglichkeiten für das Krankenpflegepersonal finden. Punkt für Punkt wird nun auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen dieser Kommission die Modernisierung unserer Anstalten durchgeführt.

Zunächst waren nur unsere fünf bestehenden Schwerpunktspitäler nach diesen Richtlinien zu überprüfen, wobei vor allem, wie ich schon erwähnte, die Schaffung von hochdifferenzierten Spezialstationen, eine möglichst weitgehende Zentralisierung der medizinisch-technischen Dienste und ebenso ein Versorgungsbereich

berücksichtigt werden muß. Eine Aufgabe auf längere Sicht wird es sodann sein, das gesamte Spitalwesen in ein koordiniertes System einzugliedern, wobei das jeweilige Schwerpunktspital den therapeutischen Mittelpunkt bildet und kleinere und weniger spezialisierte Krankenhäuser mit diesem zu einem engeren Arbeitskreis zusammengeschlossen sind. Diese Gliederung soll regional, den einzelnen Einzugsgebieten entsprechend, geschaffen werden.

In Wien entsteht modernster Klinikbau Europas

Das größte Bauvorhaben ist nach wie vor der Neubau unserer Universitätskliniken. Dieses Projekt wird uns noch schätzungsweise etwa zehn Jahre beschäftigen, bis dann der modernste Klinikbau Europas fertiggestellt ist. Dabei ist es besonders wichtig, die Planung so elastisch zu gestalten, daß dem zu erwartenden medizinischen Fortschritt in jeder Weise Rechnung getragen wird. Zu diesem Zweck wurde auch der bisher bestehende Plan eines einzigen Bettenhochhauses fallengelassen und die Errichtung in zwei getrennten Baukörpern beschlossen, um eine größere Leistungsfähigkeit und Flexibilität für die Zukunft zu gewährleisten. Die Personalwohnhäuser stehen vor der Fertigstellung, im Frühjahr wird mit dem Bau der Universitätskinderklinik, der Psychiatrie und der Kinderpsychiatrie begonnen werden. Hervorheben möchte ich dabei nur, daß das Bettenhaus des Allgemeinen Krankenhauses dreihüftig geplant ist und das Raumangebot in der Mittelzone äußerst großzügig gehalten ist. Dadurch werden einerseits die Wege für das Krankenpflegepersonal wesentlich verkürzt, andererseits steht auch für den Lehrbetrieb reichlich Raum zur Verfügung.

Das zweite große Bauvorhaben, der Neubau des Rudolfspitals, ist durch entsprechende Budgetmittel ebenfalls gesichert. Auch dieses Spital wird nach seiner Fertigstellung zu den modernsten Krankenhäusern zählen, in dem alle Erfordernisse hinsichtlich der medizinischen und technischen Entwicklung berücksichtigt sein werden. Die Planung dieses Schwerpunktspitals ist abgeschlossen. Im Bettenhaus wird ebenfalls erstmalig in Wien zwischen Krankenzimmer und Gang eine Installationszone zur Aufnahme der WC und der Spülen errichtet - nach meinem Ermessen ein entscheidender Fortschritt im Krankenhausbau nicht nur für die Patienten, sondern auch für das Kranken-

./.

pflegepersonal. Für das Krankenhaus Lainz ist besonders die Schaffung des neuen Zentrallaboratoriums und der Isotopenstation hervorzuheben. Durch diesen Neubau wird dieses wichtige Schwerpunktspital in der Lage sein, neueste therapeutische und wissenschaftliche Erkenntnisse zum Nutzen der Patienten anwenden zu können.

Die Wiederherstellung des Franz Josef-Spitals ist, wenn man die schweren Schäden, die diesem Spital zugefügt wurden, bedenkt, ebenfalls in vollem Gange. Wichtig ist hier noch der Ausbau der Röntgenabteilung, die in diesem Jahr durch die Anschaffung einer Kobaltkanone vervollständigt wird, ferner die Modernisierung des Zentrallaboratoriums, die Modernisierung des Küchenbetriebes und der Speisenverteilung sowie letzten Endes noch die Errichtung einer neuen urologischen Abteilung.

Das Wilhelminenspital hat durch den Neubau zweier großer Pavillons eine wesentliche Vergrößerung erfahren, die insgesamt 560 Betten beinhalten. Entscheidend zur Verbesserung der stetig ansteigenden Zahl der Unfallverletzten wird die Schaffung der neuen Unfallstation beitragen, deren Planung abgeschlossen ist und die in diesem Jahr zu bauen begonnen wird. Sie wird etwa 140 Betten umfassen und nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet sein. Obwohl in diesem Krankenhaus Direktion, Apotheke, Prosektur, Röntgen, Werkstättengebäude und Schwesternhaus in den letzten Jahren neugebaut beziehungsweise modernisiert wurden, sind einige Punkte noch offen, wie zum Beispiel der Ausbau des bestehenden Zentrallaboratoriums.

Aber auch in allen übrigen kleineren Spitälern sind eine Reihe wesentlicher Verbesserungen geschaffen worden, beziehungsweise sind noch in Planung. Vor etwa zwei Jahren wurde von mir auch eine eigene Kommission für Küchenplanung ins Leben gerufen, die in den Krankenhäusern, die nicht neu gebaut werden, die bestehende Situation genau überprüft und entsprechende Vorschläge zur Modernisierung und Rationalisierung auf diesen Sektor ausarbeitet. Vor vier Wochen hatte diese Kommission ihre 30. Sitzung. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind für uns von größter Bedeutung. Alle diese Arbeiten sind jedoch abhängig von zwei Problemen: dem der Finanzierung und dem des Personals.

Zentralisierung und Rationalisierung

Während bei den gewaltigen Neubauten die Frage der Zentralisierung und der Rationalisierung relativ leicht beantwortet werden kann, ist es bei den älteren Krankenhäusern mit Pavillonssystem schon bedeutend schwieriger.

Die Diskussion über die Vorteile und Grenzen der Zentralisation in Krankenhäusern ist seit langem im Gange und jeden in der Verwaltung arbeitenden Beamten und jedem Arzt, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, wohl bekannt. In der Industrie beschäftigt man sich mit diesem Problem seit Jahrzehnten, wobei die Analyse gezeigt hat, daß die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation keineswegs einfach zu lösen ist. Ein Vergleich mit der Industrie ist nach meinem Ermessen deshalb zutreffend, weil beide, Krankenanstalt und Industrie, manche gemeinsame Probleme aufweisen, so zum Beispiel den Mangel an Arbeitskräften und an Kapital. Beide müssen bedeutende Investitionen durchführen für Rationalisierung, Modernisierung und Weiterentwicklung. Ein Krankenhaus ist deshalb einem Industriebetrieb vergleichbar, der einen besonders hohen Grad von Spezialisierung aufweist.

Es ist aber ohne Zweifel auch richtig, daß gerade im Krankenhausbetrieb einer straffen Zentralisierung gewisse Grenzen gesetzt sind. Sicherlich ist es möglich, auch im Krankenhaus mit Pavillonssystem die Zentralisierung in sogenannten Versorgungsbereich zu verwirklichen. Dazu gehören die zentrale Speiserversorgung, die Geschirrversorgung, die zentrale Sterilisation, die zentralen Aufzugsgruppen und Kleinförderanlagen, wie Rohrpost, und die zentrale Wäscheversorgung für Rein- und Schmutzwäsche, wobei eine große zentrale städtische Wäscherei für alle Anstalten nach meinem Ermessen das Beste wäre. Die Wäsche würde ungezählt in diese Wäscherei kommen, dort auch repariert, beziehungsweise schlechte Wäsche durch neue ersetzt werden. In Operationssälen, Kreißsaaleinheiten und Intensivstationen wäre der Gebrauch von Einmalwäsche zu ermöglichen. Die Schaffung einer zentralen Verbandsstoffanlage oder eines Bettenbahnhofes in Anstalten mit Pavillonssystem halte ich für nicht angebracht, weil sie eher eine Personalvermehrung, erhöhte Kosten und andere Erschwernisse mit sich bringen. Nicht zu vergessen ist in dieser Hinsicht die zentrale Bedeutung des Verwaltungsbereiches. Die Krankenhausverwaltung ist ohne Zweifel ein Fach- und Aufgabengebiet sui generis geworden, dem man ohne Zweifel unrecht tut, wenn man auf dem Standpunkt steht, es sei mit bloß bürokratischen Fähigkeiten und Erfahrungen zu bewältigen. /.

Nur einem geschulten Fachpersonal können die gerade in einem Krankenhaus anfallenden Spezialaufgaben anvertraut werden. Ständige aufmerksame Beachtung der technischen und medizinischen Entwicklung, Bereitschaft zur Weiterbildung kennzeichnen den tüchtigen Leiter einer Krankenhausverwaltung.

Was hier in unseren Anstalten noch notwendig wäre, obwohl ich weiß, daß gerade in den letzten Jahren viele Bemühungen in dieser Richtung erfolgten, ist eine einheitliche Gestaltung der Krankengeschichtenformulare. Weiters müssen wir schon allein auf Grund des Personalmangels darauf sehen, daß in den Anstalten eine genauere Festlegung des Tagesablaufes der Arbeiten auf den Stationen durchgeführt wird, wobei ich glaube, daß besonders die Erstellung eines Visitenplanes die Arbeit der Schwester ganz wesentlich erleichtert. Die in der Magistratsabteilung 17 befindlichen datenverarbeitenden Anlagen haben sich außerordentlich bewährt. Die meisten bereits durchgeführten bzw. in Planung befindlichen Rationalisierungsmaßnahmen haben unter anderem auch den Zweck, die Arbeit unserer Krankenschwestern zu erleichtern.

Geeigneter Schwesternnachwuchs - Existenzfrage der Spitäler

Jeder von uns weiß, daß der geeignete Nachwuchs im Krankenpflegeberuf zu einer Existenzfrage des Krankenhauses schlechthin geworden ist. Ich bin der Meinung, die Krankenschwester von heute hat Chancen, sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch was die soziale Aufwertung ihres Berufes und die Entwicklungsmöglichkeiten betrifft. Die letzte Fernsehsendung Horizonte zum Beispiel ist deshalb bedauerlich, weil sie Dinge gebracht hat, die nicht den Tatsachen entsprechen, weil sie nur die negativen Seiten dieses Berufes aufzuzeigen bemüht war und weil sie weiters den Eindruck erwecken wollte, daß die verantwortlichen Stellen aus einem Art Dornröschenschlaf langsam erwachen und versuchen, mit unzureichenden Mitteln hier natürlich viel zu spät Abhilfe zu schaffen.

Auch die anderen typischen Frauenberufe, wie Verkäuferinnen, Stenotypistinnen oder Arbeiterin in der Industrie kann man so oder so beleuchten. Ich glaube aber, daß man das Gros der anderen Frauenberufe gar nicht vergleichen kann mit diesem Beruf. Im

Mittelpunkt des Krankenhausgeschehens steht vor allem nach wie vor die Schwester, die bei aller Rationalisierung und Technisierung und bei allem Fortschritt der Medizin dem Kranken Geborgenheit und Wärme gibt. Gerade der Kranke in seiner Einsamkeit, in seiner Angst braucht menschliches Mitgefühl, Liebe und Fürsorge. Hier liegt nach wie vor die Hauptaufgabe der Schwester. Welcher Beruf könnte daher einer Frau von Natur aus mehr zusagen als dieser!

Eines muß aber auch gesagt werden: Sollten unsere Bemühungen - zum Beispiel das Bauen von schönen Schwesternhäusern, die finanzielle Besserstellung dieses Berufes und die Werbung - nicht den Erfolg haben, den wir erhoffen, dann vertrete ich persönlich die Meinung, man sollte Erwägungen über die Einführung eines Sozialjahres für Mädchen, vielleicht auf freiwilliger Basis, anstellen. Nach meinem Ermessen ist eine zeitlich begrenzte pflegerische Tätigkeit für ein Mädchen nicht die schlechteste Vorbereitung für ihr künftiges Leben. .

Manches konnte in unseren Spitalern im Zuge der Rationalisierung und Zentralisierung bereits verwirklicht werden. Ich nenne die Schaffung von Spezialabteilungen, Zentrallaboratorien, von Rohrpostanlagen, von Ruf- und Gegenrufanlagen für das Pflegepersonal, die nun beginnende Verwendung von Einmalgeräten bzw. Einmalwäsche, die Verbesserungen im Verwaltungsdienst, Einführung der Lochkartei sowie der zentralen Verpflegskostenberechnung.

Ein weiteres Hauptziel bei der Neugestaltung von Krankenhäusern ist vor allem die Verkürzung von Personalwegen. Der Trend von großen Krankensaal zum Ein-, Zwei- oder Dreibettzimmer steht aber zweifellos in einem gewissen Gegensatz dazu, denn es ist klar, daß die Schaffung von Ein- oder Zweibettzimmern die Arbeitswege der Schwester eher verlängert.

Auf einen mir sehr wichtig scheinenden Punkt, den ich schon eingangs erwähnt habe, möchte ich nochmals hinweisen, nämlich auf die Schaffung von Abteilungen für Chronischkranke. Es ist weder medizinisch noch finanziell vertretbar, daß unsere teuren und wichtigen Krankenhausbetten in den Akutspitalern durch Pflegefälle oft Wochen, oft monatelang blockiert sind. Gerade hier wird es notwendig sein, vorausschauend für die Zukunft die notwendigen

Abteilungen für solche Menschen zu schaffen, die, wie ich glaube, nicht für sich allein errichtet werden sollen, sondern im Verband mit großen Krankenhäusern eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben.

Ich glaube abschließend sagen zu können, daß das Krankenhaus von heute ein Ort ist, in dem sich nahezu alle Probleme unserer Zeit wider spiegeln. Bei allem Fortschritt der Medizin und Technik, bei aller Veränderlichkeit durch Forschung und Wissenschaft - eines ist im Grunde unwandelbar, und das ist der leidende Mensch, der Geborgenheit, Pflege und Hilfe erwartet. Um das zu erreichen, scheint es mir notwendig, daß trotz aller Rationalisierung, Automation und Industrialisierung in den Anstalten nach wie vor und mehr denn je von Bedeutung ist, daß die im Krankenhaus Beschäftigten sich nicht nur rein wirtschaftlich, sondern auch menschlich mit ihrem Krankenhaus, wie in einer großen Familie, verbunden fühlen. Dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns immer wieder bemühen.

Das ist nach meinem Ermessen die Basis und die Grundlage dafür, daß der leidende, einsame, in seiner Existenz bedrohte Mensch, der ja im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen muß, neben allem, was Technik und Fortschritt vermag, auch ein Stück Geborgenheit und Wärme findet, die ebenso wie in den alten Stiftingshospitälern nach wie vor entscheidend zur Genesung erforderlich sind."

(Ein weiterer Bericht über die Spitalsenquete erscheint in der Nachmittagsausgabe der "Rathaus-Korrespondenz".)

- - -

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat
=====

18. Jänner (RK) Am Freitag, dem 20. Jänner, um 10 Uhr, tritt der Wiener Landtag zu seiner nächsten Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des dritten Präsidenten des Wiener Landtages und das Wiener Ausländer-Gründerwerbgesetz. Referent ist Stadtrat Rudolf Sigmund.

Im Anschluß daran findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig 75 Geschäftsstücke.

- - -

Gemeinde Wien subventioniert neues Wirtschaftsforschungs-Institutsgebäude
=====

18. Jänner (RK) Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, dessen Arbeit sowohl der öffentlichen als auch der privaten Wirtschaft dient, ist derzeit in unzureichenden Büroräumen am Hohen Markt untergebracht. Das Institut denkt nun daran, ein Gebäude zu errichten und hat um Finanzierungsbeihilfe ersucht. Vizebürgermeister Felix Slavik hat beantragt, daß die Stadt Wien für diesen Zweck einen Baukostenzuschuß in Höhe von 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, der in den Jahren 1967, 1968 und 1969 in drei gleichen Raten zu je 500.000 Schilling ausgezahlt wird.

- - -

Das Jörgerbad wird modernisiert

=====

18. Jänner (RK) Gewisse Einrichtungen des Jörgerbades, das im Jahr 1914 gebaut wurde, sind bereits veraltet. Vor allem die Dampfbäder sind schon sehr abgenützt und entsprechen nicht mehr den jetzigen Anforderungen. Stadtrat Hubert Pfösch legte dem Wiener Stadtsenat einen Antrag vor, der die Erneuerung der gesamten wärmetechnischen Anlage sowie den Umbau der Dampfbäder und des Vestibüls mit einem Kostenaufwand von 25 Millionen Schilling vorsieht, wovon heuer noch 1,5 Millionen Schilling verbraucht werden sollen.

Die Wärmeversorgung soll anstelle der bisherigen mit Kohlen geheizten Kesselanlage durch den Anschluß an das bereits grundsätzlich beschlossene Fernheizwerk Spittelau erfolgen. Damit wird auch die Rauchbelästigung in der Umgebung des Bades ein Ende haben.

- - -

Blindenbeihilfengesetz-Kinogesetz

=====

18. Jänner (RK) Das 1. Stück des Landesgesetzblattes für Wien in diesem Jahr enthält die Änderung des Blindenbeihilfengesetzes sowie die Wiener Kinogesetznovelle 1966. Außerdem sind in dem Landesgesetzblatt das Gesetz über die Aufhebung von Vorschriften im Überschwemmungsfall und eine Verordnung über die Verbindlichkeits~~er~~klärung der Ö-Normen enthalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling in Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 9, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -

Ausstellung "Wiener Verkehrsprobleme" in der VolkshalleZur Debatte gestellt: U-Bahn-Planung und Parkraumfragen

18. Jänner (RK) In der Volkshalle des Wiener Rathauses wird derzeit eine Ausstellung vorbereitet, durch die die Öffentlichkeit mit den U-Bahn-Plänen und den Parkraumproblemen vertraut gemacht werden soll. Die Ausstellung wird ab Dienstag, den 24. Jänner, zu besichtigen sein.

Das Wiener U-Bahn-Konzept, mit dem sich auch schon der Gemeinderat beschäftigt hat, ist zum Teil bereits bekannt. Es sieht ein Grundnetz vor, auf das aufbauend verschiedene Erweiterungen möglich sind. In Entsprechung eines Beschlusses der Gemeinderätlichen Planungskommission werden die Wiener die Möglichkeit haben, durch diese Ausstellung die U-Bahn-Planung für Wien kennenzulernen.

Was die Ausstellung den Wienern zum erstenmal "offiziell" präsentiert, sind die Parkraumprobleme, die uns allen zwangsläufig in den nächsten Jahren mit fortschreitender Motorisierung gestellt werden. Es geht um die bittere Frage, wieviel wir in Zukunft dafür Geld aufwenden müssen, um nicht nur autofahren zu können, sondern auch autoparken. Die Prognose, die eine wissenschaftliche Untersuchung von Prof. Dorfwirth, zunächst für das dicht verbaute Stadtgebiet (1. bis 9. und 20. Bezirk), stellt, ist nicht sehr erfreulich, besser gesagt, verlangt von den autofahrenden Wienern ein Umdenken. Wir sind heute zwar bereit, ein Auto zu kaufen, dafür Steuer, Versicherung, Benzin, Reparaturen zu bezahlen. Wir werden aber in Zukunft bereit sein müssen, in dieses Ausgabenbukett auch die Kosten für das Parken einzubeziehen.

Das sind die nüchternen Zahlen: Derzeit gibt es im untersuchten Stadtgebiet 90.000 Stellplätze auf öffentlichen Verkehrsflächen und 15.000 auf Grundstücken und in Garagen. Beim Erreichen der Vollmotorisierung (1 Fahrzeug für 3 Personen) wird man allein für das nächtliche Abstellen der Autos 215.000 Plätze benötigen.

Auch wenn in Zukunft die U-Bahn einen Teil der Autofahrer aufnehmen wird, auch wenn die Bebauungsdichte und damit die Bevölkerungszahl der inneren Bezirke geringer werden wird, müssen wir mit einem Parkraumbedarf von einem Personenwagen je Wohnung rechnen und dazu die Betriebsfahrzeuge zählen.

Die Stadtplanung hat deshalb eine andere Untersuchung in Auftrag gegeben, die von Architekt Friedrich Pangratz durchgeführt wurde. Dabei ging es um die Möglichkeiten für das Abstellen von Fahrzeugen. Für die dicht bebauten Gebiete zeichnet sich dabei als einzige Lösung ab, den Wagen - so wie im Zeitalter des Pferdewagens - im Bereich des Wohnhauses unterzubringen.

Auf jeden Fall werden die Wiener immer mehr mit - allerdings auch immer besseren - öffentlichen Verkehrsmitteln fahren müssen. Sie werden gleichzeitig dafür zu bezahlen haben, daß sie ihren Wagen parken können. Die Ausstellung in der Volkshalle will versuchen, die ganze Problematik dieser Fragen zu erläutern und darzustellen.

- - -

Öffentliche Diskussion über U-Bahn-Konzept=====
Gespräche in Rathaus mit Fachverbänden und Körperschaften

18. Jänner (RK) Das Wiener U-Bahn-Konzept, über das bekanntlich der Wiener Gemeinderat in vergangenen Jahr eine ausführliche Debatte abgehalten hat, soll nach den Absichten der Wiener Stadtverwaltung auf demokratische Weise in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Diesen Zweck dient die Ausstellung in der Volkshalle, die allen Wienern zum Besuch empfohlen wird (Wir berichten darüber an anderer Stelle). Wichtig ist es dem Rathaus jedoch auch, die Meinung der Fachverbände, der Interessenverbände und der Körperschaften in unserer Stadt kennenzulernen. Deshalb wird in den nächsten Wochen eine Diskussionsreihe abgehalten, zu der das Wiener Stadtbauamt eingeladen hat.

Die erste Diskussion findet bereits heute um 14 Uhr in den Wappensälen des Rathauses statt. Eingeladen sind diesmal die Mitglieder der Ingenieurkammer und des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines. Von seiten der Stadt Wien werden an dieser und an allen folgenden Veranstaltungen Generaldirektor Dr. Karl Reisinger und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller mit den Fachbeamten des Wiener Stadtbauamtes und der Verkehrsbetriebe teilnehmen. Nach Kurzreferaten, die jeweils Oberbaurat Dipl.-Ing. Otto Engelberger von der Stadtplanung, Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Pins von den Verkehrsbetrieben und Dozent Dr. Engel von der Technischen Hochschule Wien halten, beginnt die Diskussion.

Und das ist der Terminkalender für die große U-Bahn-Diskussion in Wiener Rathaus:

25. Jänner, 14 Uhr, mit dem Institut für Standortberatung, dem Institut für Raumplanung, der Österreichischen Gesellschaft für Raumordnung und Raumplanung, dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und dem Institut für Bauforschung.

26. Jänner, 15 Uhr, mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Industriellenvereinigung.

27. Jänner, 9 Uhr, mit den Vertretern der Polizei.

an 30. Jänner, um 17 Uhr, findet die Diskussion mit Vertretern der Technischen Hochschule Wien in der Technischen Hochschule in der Gußhausstraße statt.

Für den 1. Februar, um 14 Uhr, ist wieder im Wiener Rathaus eine Besprechung mit Vertretern des Bautenministeriums angesetzt.

Noch nicht fixiert sind die Termine für die Gespräche mit den Bundesbahnen und mit der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer.

Geehrte Redaktion!

Wenn Sie Interesse haben, bei den Diskussionen zuzuhören, sind Sie herzlich eingeladen, zu den genannten Terminen einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Neue Prüfgebührenordnung heute in Kraft getreten
=====

18. Jänner (RK) Im amtlichen Teil der mit dem heutigen Datum (Mittwoch, 18. Jänner 1967) erschienenen Nummer 5 des offiziellen Organs der Bundeshauptstadt, "Stadt Wien", ist die neue Prüfgebührenordnung enthalten, die vom Wiener Gemeinderat am 21. Dezember vorigen Jahres beschlossen wurde. Damit tritt diese Gebührenordnung für die Durchführung von Prüfungen und Untersuchungen durch die städtische Prüf- und Versuchsanstalt mit dem heutigen Tag in Kraft. Die neuen Tarife gelten für chemisch-technische, mechanisch-technische und physikalisch-technische Prüfungen.

Das offizielle Organ der Bundeshauptstadt ist zum Preis von einem Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, Rathaus, Stiege 9, Hochparterre, sowie in der Rathaus-Trafik erhältlich.

- - -

Vizebürgermeister Dr. Drimmel über die existenziellen Fragen Wiens
=====

18. Jänner (RK) Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel hat heute einem Mitarbeiter der "Rathaus-Korrespondenz" gegenüber zu aktuellen Wiener Problemen Stellung genommen:

Die Erörterung der langfristigen kommunalpolitischen Projekte, wie U-Bahn-Bau, Wohnungsbeschaffung usw., verdeckt die aktuellen, existenziellen Fragen unserer Stadt. Eine Finanzierung und Ausführung dieser Projekte wird es niemals geben, wenn in Zukunft die Finanzausstattung der Wiener Budgetpolitik geschwächt würde, wenn es zu einer Einschränkung der Wohnbauförderung für Wien käme, und wenn am Vorabend der Integration in Falle Wien die Risiken die Chancen übersteigen könnten.

In den kommenden Monaten werden es daher drei Fragen sein, die für die nächste Entwicklung der Wiener Verhältnisse von existenzieller Bedeutung sind:

Wie hoch werden in den nächsten Jahren die Mittel sein, die Wien für die Wohnbauförderung zugewiesen werden?

Welche Mietzinsregelung wird in der gleichen Zeit erfolgen, und wer wird diese Regelung zu treffen haben - der Bund oder das Land Wien?

Was geschieht in den nächsten Jahren, um die wirtschaftliche Lage Wiens und der die Stadt umgebenden Bundesländer erträglicher zu machen?

Von den Antworten auf die drei Fragen wird die erste Antwort der Schlüssel für alle folgenden sein; weniger Wohnbauförderungsmittel für Wien bedeutet nämlich nicht nur Verkürzung der Erwartung von Wohnungssuchenden, sondern vor allem einen Druck auf die Schlüsselindustrie und das Schlüsselgewerbe des Gesamtbausektors.

Probleme solchen Ausmaßes, die nicht nur Wien, sondern ganz Österreich angehen, können weder in Widerspruch zwischen der Stadt Wien und dem Bund beziehungsweise ihren Regierungen, noch in einer unablässigen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen staatstragenden Parteien gelöst werden. Wem daher die Wiener Rathauskoalition ein Dorn im Auge ist, der muß auch be-

denken, daß das Ende dieser Koalition die Beziehungen zwischen Wien und dem Bund nicht verbessern, sondern neuerdings verschlechtern wird.

Die Koordinierung der beiden verschiedenen Systeme (Konfrontation der Bundespolitik, Koalition in Wien) ist daher die politische Aufgabe, die rasch gelöst werden muß, wenn Wien nicht bei der Lösung der geschilderten existenziellen und kommunalpolitischen Fragen schwerste Verluste erleiden soll.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

18. Jänner (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 5 bis 6 S, Karotten 4 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 6 bis 6.50 S, Orangen 3.50 bis 6.50 S je Kilogramm.

- - -

Fernheiznetz Neu-Kagran wird erweitert

=====

Anschluß weiterer Wohnungen und einer Schule

18. Jänner (RK) Mit einem Kostenaufwand von zehn Millionen Schilling soll das Fernheiznetz des Fernheizwerkes Neu-Kagran erweitert werden, da weitere Wohnhausanlagen und eine Schule zusätzlich an das Netz angeschlossen werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die Personal- und Werkstättenräume der Fernheizzentrale zu vergrößern und Meßeinrichtungen im Fernheiznetz zur Durchführung von Netzkontrollen einzubauen. Der Wiener Stadtsenat genehmigte einen diesbezüglichen Antrag von Stadtrat Kurt Heller. Dem Gemeinderat wird am kommenden Freitag dieser Antrag zur endgültigen Beschlußfassung vorliegen.

An das Fernheiznetz angeschlossen werden eine Wohnhausanlage südlich der Lenkgasse mit 204 Wohnungen und die Schule Winzingerodestraße. Ferner sollen durch die neuen Leitungen auch alle Objekte des Bezirkszentrums Donaustadt mit Wärme versorgt werden. Eine Genossenschaft, die auch südlich der Lenkgasse eine Wohnhausanlage baut, ist gleichfalls an der Fernwärmelieferung interessiert. Ferner ist eine weitere, in der Pogrelzgasse, geplante städtische Wohnhausanlage mit 263 Wohnungen für den Anschluß an das Fernheizwerk vorgesehen.

- - -

Große Enquete der Rationalisierungskommission für die städtischen

Kranken- und Wohlfahrtsanstalten

18. Jänner (RK) Im Schwesternhösrsaal des Wilhelminenspitals wurde heute eine Enquete über Probleme der Rationalisierung und Modernisierung in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien abgehalten. Die Tagung wurde von der im Vorjahr ins Leben gerufenen Gemeinderätlichen Rationalisierungskommission einberufen und stand unter der Leitung von deren Vorsitzenden, Gemeinderat Dozent Dr. Gisel.

In seinen Eröffnungsworten begrüßte Dr. Gisel Bürgermeister Marek, die Stadträte Bock und Dr. Glück, den steirischen Gesundheits-Landesrat Sebastian sowie zahlreiche Fachleute des Wiener Gesundheitswesens und der zuständigen Magistratsabteilungen. Er betonte, daß Krankheit und Invalidität heute keine Privatangelegenheiten sondern Probleme der gesamten Gesellschaft seien. Daher sei auch das gesamte Gemeinwesen für eine optimale Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben verantwortlich.

Um alle bereits vorhandenen Ansätze zur Rationalisierung, Modernisierung und Technisierung in Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zu koordinieren, hat der Wiener Gemeinderat im Vorjahr aus sechs seiner Mitglieder eine Kommission zur Behandlung dieses Fragenkomplexes gebildet. Die Ergebnisse ihrer Arbeit und der heutigen Enquete stellen keine negative Kritik an der Arbeit der einzelnen Spitäler dar, sondern sollen dazu beitragen, dort wo es möglich ist Verbesserungen zu bringen.

Bürgermeister Marek dankte in seiner Begrüßungsansprache für die große Beteiligung an dieser Enquete und verwies auf die steigende Bedeutung der Spitalspflege in einer Zeit ständig steigender Lebenserwartung. Er dankte vor allem Gemeinderat Dr. Gisel für seine Initiative. Das Referat, das dieser im Vorjahr vor den Spitalsverwaltern hielt, habe bereits die heute behandelten Probleme aufgezeigt. Wenn heute ein führender deutscher Fachmann auf dem Gebiet des Spitalwesens das erste Referat hält, werde dies sicher weitere wertvolle Gesichtspunkte erbringen.

Das erste Hauptreferat der Arbeitstagung hielt Dozent Dr. Eichhorn aus Düsseldorf ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 136 bis 138). Seinen Ausführungen schloß sich das Referat von Stadtrat Dr. Glück an ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 139 bis 147). Es folgten Arbeitsberichte aus den Unterkommissionen und eine eingehende Diskussion.

Berichte und Diskussion

Gemeinderat Nimmerrichter berichtete aus der Arbeit des Unterausschusses für Krankenhauspersonal, der in wöchentlichen Besprechungen folgende Themen behandelt hat: Überwachungspflicht der Abteilungsleiter hinsichtlich der Einhaltung der Dienststunden durch die Ärzte, Erstellung eines Visiten- und Operationsplanes zur Erzielung eines festgeregelten Tagesablaufes, Ausbildungsplan für Krankenhaus- und Verwaltungspersonal, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Drucksorten, Erleichterungen für das Pflegepersonal durch Neuorganisation der Versorgung mit Wäsche und Verbandstoff sowie durch Rationalisierung bei der Mahlzeitenverabreichung.

Der Redner forderte alle Mitarbeiter in den Spitälern auf, Vorschläge für Rationalisierungsmaßnahmen zu machen. Derartige Anregungen seien bisher nur vom Pflegepersonal gekommen.

Gemeinderat Lehner sprach über die Tätigkeit des Unterausschusses für Verwaltung. Auch hier wurde eine Vereinfachung der Schreibarbeiten gefordert sowie ein geregelter Tagesablauf, ferner Zentralstellen für medizinische Gase, Verbandstoffe, Wäsche usw. Die Kopftafeln über den Krankenbetten sollten nur mehr den Namen enthalten, die übrigen Vermerke seien an Fußende anzubringen oder in einem "Visitenwagen" mitzufahren. Um die Abwanderung von Krankenschwestern hintanzuhalten, sollten die Ausbildungskosten als Stipendien gewährt werden, mit denen die Verpflichtung zu einer mehrjährigen Dienstleistung verbunden ist.

In der Diskussion sprach der ärztliche Leiter des Wilhelminenspitals, Professor Dr. Weissel, über die Entlastungsmöglichkeiten für die Krankenhäuser durch eine intensivere hausärztliche und fachärztliche Betreuung daheim. Eine solche werde vor allen durch die Krankenkassenbestimmungen über die Höchstgrenze bei den

Medikamentenverschreibungen unmöglich gemacht. Diese Bestimmungen müssten entsprechend geändert werden, dann wäre bei sehr vielen Patienten ein Spitalsaufenthalt vermeidbar. Auch Hausbesuche müssten von Seiten der Krankenkassen leichter ermöglicht werden. Ferner wären Diätberatungsstellen im Rahmen der Krankenkasse wünschenswert.

Professor Dr. Zischka von der Poliklinik sprach in seinen Diskussionsbeitrag über die Rationalisierungsmöglichkeiten bei den spitalsinternen Schreibarbeiten. Er empfahl die Einrichtung einer zentralen Schreibstube.

(wird fortgesetzt).

Musikalischer Dank Wiens für Vorarlberger Weihnachtsbaum
=====Stadtrat Gertrude Sandner beim Symphoniker-Konzert in Dornbirn

18. Jänner (RK) Heute abend fand in der Dornbirner Messehalle das große Dankkonzert Wiens für den Weihnachtsbaum aus Vorarlberg statt, der während der Weihnachtszeit auf dem Rathausplatz aufgestellt war. Die Wiener Symphoniker unter der Leitung von Franz Bauer-Theussl revanchierten sich für dieses Geschenk des Landes Vorarlberg mit einem begeistert aufgenommenen Reigen bekannter Strauß-Melodien.

Vor dem Konzert, zu dem auch der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler und der Wiener Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer erschienen waren, überbrachte Kulturstadtrat Gertrude Sandner im Namen von Bürgermeister Bruno Marek die herzlichsten Grüße der Bundeshauptstadt und ihrer Bewohner. Sie führte in ihrer Rede aus:

"Eine angenehme Aufgabe hat mich heute in die Messestadt Dornbirn geführt, nämlich dem Lande Vorarlberg den Dank der Stadt Wien und der Wiener Bevölkerung für ein Geschenk zum Ausdruck zu bringen, für eine Gabe, die Weihnachten 1966 zum achten Mal durch ein Bundesland der Bundeshauptstadt zuteil wurde. Dieses Geschenk Vorarlbergs, eine herrliche Weißtanne aus der Stadtwaldung 'Gütle' bei Dornbirn, wurde am 7. Dezember vergangenen Jahres von Herrn Landeshauptmann Dr. Keßler feierlich illuminiert.

Der Baum stand aber nicht nur als vorweihnachtlicher Gruß auf dem großen Platz vor dem Wiener Rathaus, dieser große Bruder unzähliger kleiner Christbäume auf vielen anderen Plätzen der Stadt war vielmehr als Symbol des Zusammengehörigkeitsgefühls der Bundesländer gesetzt worden. Und so wurde dieser besonders schöne Baumriese auch betrachtet. Tausende Wiener waren nicht nur bei der Einholung am 24. November erschienen, auch bei der ersten Illuminierung versammelten sich unzählige Menschen auf dem Rathausplatz, um dieser hübschen Feier beizuwohnen. Trotz des kalten Wetters harreten die Wienerinnen und Wiener aus und lauschten den Klängen der Stadtmusik von Bludenz und der Kapelle der Wiener Elektrizitätswerke. Ich selbst erinnere mich noch

gerne an das nette Gedicht von Frau Maria Oster vom Amte Ihrer Landesregierung, das mit dem Motto 'Vorarlberg grüßt Wien' die Verbundenheit beider Länder in herzlicher Weise zum Ausdruck brachte.

Die Adventzeit und das Weihnachtsfest sind nun vorüber, ein neues Jahr hat seinen Einzug gehalten. Vorbei sind aber nicht die Idee und das Gedankengut, das uns mit dem Christbaum aus Vorarlberg erfüllte, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Österreicher. Erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei Ihre Landeshymne zu zitieren, in der es heißt: 'S'Ländle meine Heimat' und dies symbolhaft auszuweiten: Österreich, unser aller Heimat.

Wenn ich nun daran erinnere, daß auf der Widmungstafel des Landes Vorarlberg vor dem Baumriesen geschrieben stand, daß dies ein Geschenk der Vorarlberger wäre, lassen Sie Wien seinen Dank dadurch zum Ausdruck bringen, daß Ihnen die Wiener Symphoniker unter der Leitung von Bauer-Theussl einen Reigen bekannter Strauß-Melodien vortragen.

Abschließend möchte ich es jedoch nicht verabsäumen, nochmals allen Helfern und Mitarbeitern Dank zu sagen, die durch ihre Tätigkeit den Wienern eine weihnachtliche Freude bereiteten. Im Namen des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien, in dessen Vertretung ich hier spreche, sowie im eigenen, entbiete ich dem Lande Vorarlberg die herzlichsten Grüße und besten Wünsche für eine gedeihliche Entwicklung im Jahr 1967."

-- -- --

Nachtautobus-Linie D

=====

18. Jänner (RK) Die Verkehrsbetriebe teilen mit, daß wegen der Verlegung von Wasserrohren in der Penzinger Straße in der Höhe der Häuser Nr. 35 bis 40 von heute bis auf weiteres die Nachtautobusse Linie D in der Fahrtrichtung zum Stephansplatz ab Penzinger Straße, Phillipsgasse, links abbiegend über Töpfelgasse, Cumberlandstraße, Beckmannngasse und wieder auf der alten Linie geführt werden. Privatautobesitzer, die in den drei genannten Umfahrungsstraßen parken, werden auf diesen Umstand besonders hingewiesen.

- - -

90. Geburtstag von Michael Eisler-Terramare

=====

18. Jänner (RK) Am 20. Jänner feiert der Pathologe Univ.-Prof. Dr. Michael Eisler-Terramare das 90. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er das Fachstudium absolvierte. Anschließend war er am Pathologisch-Anatomischen Institut und am Medizinisch-Chemischen Institut tätig. 1910 erfolgte seine Habilitierung. Seit 1916 war er Professor für allgemeine und experimentelle Pathologie. In der Folge wurde er auch Direktor des Serotherapeutischen Instituts, wo er bis weit über die Emeritierung hinaus wirkte. Eisler-Terramare ist auf dem Gebiet der Serologie und Serotherapie ein international anerkannter Fachmann. Aus seiner Feder stammen mehr als hundert wissenschaftliche Arbeiten. Das Serotherapeutische Institut verdankt ihm seine moderne Organisation.

- - -

Wien braucht ein selbständiges Rundfunk-Studio
=====

18. Jänner (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute den Studioleniter der Österreichischen Rundfunk Ges.m.b.H., Dr. Ernst Glaser, der ihm ausführlich über die bisherigen Vorarbeiten zur Schaffung eines selbständigen Landesstudios Wien berichtete.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß dem Aufbau eines selbständigen Landesstudios in Wien derzeit noch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Bürgermeister Marek gab seiner Besorgnis darüber Ausdruck und erklärte, daß er den Vertreter des Bundeslandes Wien bei der demnächst stattfindenden Gesellschafterversammlung beauftragen werde, mit allem Nachdruck auf die Schaffung eines autonomen Landesstudios Wien zu dringen, damit das Bundesland Wien gegenüber anderen Bundesländern nicht benachteiligt wird.

Bürgermeister Marek vertrat den Standpunkt, daß das Bundesland Wien für sich keine Bevorzugung beanspruchen, aber gegen jede Benachteiligung energisch protestieren wird und begründete dies mit dem Hinweis auf die Stellung Wiens im internationalen Kultur- und Musikleben.

-- --

Lebhafte Diskussion bei der Spitalsenquete
=====

18. Jänner (RK) Als Sprecher der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten begrüßte Franz Schröpfer die Tätigkeit der Rationalisierungskommission. Die ihr von manchen Bediensteten entgegengebrachte Skepsis könne durch Aufklärung über die wahren Ziele der Rationalisierung überwunden werden.

Rationalisierung müsse nämlich vor allem darauf abzielen, die Krankenschwester von berufsfremder Tätigkeit zu entlasten, die nach angestellten Berechnungen rund 35 Prozent ihrer Arbeit ausmache. Der Sprecher stellte abschließend die Forderung auf, die Schreib- und Verwaltungsarbeit der Schwestern auf ein Mindestmaß zu reduzieren, neue Richtlinien für die Mithilfe bei den ärztlichen Verrichtungen auszuarbeiten und die Schwestern von allen hauswirtschaftlichen Arbeiten zu entbinden.

Oberschwester Frischmann verlangte eine klare Abgrenzung des Tätigkeitsbereiches im Pflegedienst und regelmäßige Personalbesprechungen. Sie wies auch auf die Notwendigkeit von Weiterbildungsmöglichkeiten für begabte Diplomschwestern hin.

Oberschwester Andryschowski forderte einen früheren Beginn der Visitenstermine und einen zeitgerecht erstellten Operationsplan. Die Einführung von Einmalgeräten werde unvermeidbar werden. Das leidige Zählen von Wäschestücken könnte durch ein System ersetzt werden, bei dem die Wäschesäcke der einzelnen Abteilungen abgewogen werden. Auch das System der Essensanlieferung sei reformbedürftig. Die Herabsetzung des Aufnahmealters von Schwesternschülerinnen auf 16 Jahre müsse ebenso erwogen werden, wie die Bezahlung eines kleinen Gehaltes anstelle des Taschengeldes für die Schülerinnen.

Rosa Schwab von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wies nachdrücklich auf die Vorteile einer dezentralisierten Personalaufnahme durch die einzelnen Krankenanstalten selbst hin. Sie forderte auch Karenzurlaube für die berufliche Weiterbildung von Schwestern und die Anerkennung aller medizinischen Befunde, auch derer, die nicht in der eigenen Anstalt erstellt wurden, um Doppeluntersuchungen zu vermeiden.

Weitere Diskussionsbeiträge lieferten Alfred Schwab von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und Senatsrat Dr. Gillichsberger aus Linz, der auf eine Vereinheitlichung der medizinischen Dokumentation zumindestens in den österreichischen Universitätsstädten drang. Wien könnte die Initiative ergreifen, um eine Basis für eine solche dringend erforderliche Vereinheitlichung zu schaffen.

Der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, Dr. Franz Ritschl, wies auf die unerhörte finanzielle Belastung der spitalerhaltenden Gemeinden hin und verlangte eine strenge Reihung der wünschenswerten Rationalisierungsmaßnahmen. An erster Stelle kämen die medizinischen Erfordernisse. Hier müsse auf dem Gebiet der medizinischen Neuerungen eine Koordinierung statt einer Konkurrenzierung Platz greifen. Ferner seien die Gesichtspunkte der Hygiene bei der Wäschegebarung nicht zu vernachlässigen. Das Zählen der gebrauchten Wäschestücke sei auf jeden Fall abzuschaffen. Eigene Wäschereien der einzelnen Anstalten erscheinen zweckmäßig.

Der Präsident der Wiener Ärztekammer, Dr. Daume, verlangte eine klare Unterscheidung zwischen einem Sofortprogramm und einem langfristigen Programm für die Spitalsrationalisierung. Dort, wo bestimmte Gegebenheiten unseres Sozialversicherungsschemas der Spitalsrationalisierung entgegenstehen, müßte man eine Änderung der betreffenden Bestimmungen in Erwägung ziehen. Auf personellem Sektor erscheine ein eigenes Gehaltsschema für die Sozialberufe wünschenswert. Dr. Daume gab abschließend seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit aller am Spitalswesen Interessierten, wie sie bei dieser Enquete zu sehen sei, auch fernerhin statthaben werde.

(Die letzten Diskussionsbeiträge der Enquete und die Stellungnahmen der Referenten zu den aufgeworfenen Problemen bringen wir in der morgigen Ausgabe der "Rathaus-Korrespondenz".)

Ingenieure und Architekten diskutieren U-Bahn-Konzept
=====

18. Jänner (RK) Wie bereits angekündigt, findet in den nächsten Wochen eine Reihe von Diskussionen über das U-Bahn-Konzept statt. Der Stadtverwaltung geht es dabei darum, die Meinung der Fachverbände, der Interessenverbände und der Körperschaften Wiens diesem Projekt kennenzulernen und zu erörtern. Die erste dieser Diskussionen, zu denen das Wiener Stadtbauamt einlädt, fand heute nachmittag in den Wappensälen des Rathauses statt. Den Vorsitz führten Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger. Fachbeamte des Stadtbauamtes und der Verkehrsbetriebe standen ihnen zur Seite. Eingeladen waren die Mitglieder der Ingenieurkammer und des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines. Die Teilnahme von rund 160 Ingenieuren und Architekten zeigt das große Interesse, das dem U-Bahn-Konzept entgegengebracht wird.

Nach einleitenden Kurzreferaten von Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Otto Engelberger (Stadtplanung), Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Pins (Verkehrsbetriebe) und Dozent Dr. Engel (Technische Hochschule Wien als freischaffender Mitarbeiter), wurden von den Ingenieuren und Architekten zahlreiche Fragen aufgeworfen und sofort von den Fachbeamten beantwortet. Die Diskussionsteilnehmer kamen im einzelnen vor allem auf folgende Probleme zu sprechen:

Umstellung der Stadtbahn-Gürtellinie beziehungsweise auch der Linie Wiental-Donaukanal auf S-Bahn-Betrieb; rasche Einigung über die Wahl der Baumethode (Schildbauweise oder offene Bauweise); Einbeziehung der Mariahilfer Straße in das U-Bahn-Netz; Verlängerung der Linie 1 in die Bezirke jenseits der Donau; Schaffung von drei Kreuzungspunkten in der Inneren Stadt anstelle eines einzigen auf dem Stephansplatz und schließlich zahlreiche technische Detailfragen. Mehrere der Diskussionsteilnehmer, so etwa ein Vertreter der Bauwirtschaft, zeigten sich beeindruckt von der Perfektion der vorgelegten Planung und von der demokratischen Form, in der das Konzept der Fachwelt vorgelegt wird.

Bei der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen wurde betont: Über die Frage der Umstellung der Gürtellinie auf S- oder U-Bahn-Betrieb wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Laut Auskunft der Österreichischen Bundesbahnen, mit denen engste Kontakte gepflogen werden, würde die Umstellung der Gürtellinie auf S-Bahn-Betrieb 870 Millionen Schilling kosten, die Umstellung auf U-Bahn-Betrieb dagegen nur 470 Millionen. Die Wiental-Donaukanallinie, deren Umstellung auf S-Bahn-Betrieb 610 Millionen, auf U-Bahn-Betrieb 270 Millionen Schilling erfordern würde, muß auf jeden Fall bei den Verkehrsbetrieben verbleiben, da sie die unerlässliche Verbindung zwischen den U-Bahnlinien 1 beziehungsweise 2 und der Hauptwerkstätte herstellt. Auch vom technischen Standpunkt aus ist die Umstellung der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb wesentlich einfacher und billiger zu bewerkstelligen. Dabei ist auch entscheidend, daß der Umbau unter voller Aufrechterhaltung des Stadtbahnbetriebes durchgeführt werden kann.

Sich schon jetzt auf eine der sich anbietenden Baumethoden festzulegen, wäre auf jeden Fall verfrüht, da dabei zahlreiche Probleme berücksichtigt werden müssen. So sind zum Beispiel bedeutende Höhenunterschiede zu überwinden, Flußläufe zu unterfahren und so weiter. Höchstwahrscheinlich wird sowohl in offener als auch in geschlossener Weise gebaut werden, je nach örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen.

Die Einbeziehung der Mariahilfer Straße in das U-Bahn-Netz ist durch die Anbindung sowohl am Beginn der Mariahilfer Straße als auch am Gürtel gegeben. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß auf den Westbahnhof die Zahl der ankommenden Pendler nur mit 2.430 pro Tag gezählt wurde; das ist die geringste Zahl auf allen Wiener Bahnhöfen. Auf den Südbahnhof zum Beispiel beträgt sie rund 28.000. Die Gürtellinie wird im übrigen mit Abzweigungen sämtliche Bahnhöfe verbinden. Jedenfalls will man alle Möglichkeiten der Linienführung, die sich noch ergeben werden, einer genauen Untersuchung zuführen.

Das gilt auch für die Verlängerung der U-Bahn-Linien in die Gebiete jenseits der Donau. Die Verlängerung der Trasse 1 wird nur unter der Donau möglich sein. Als bessere Lösung bietet sich im übrigen die Verlängerung der Trasse 3 an.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller betonte, daß das Bauzeitenprogramm auf die Kapazität der Bauwirtschaft abgestimmt ist und die kontinuierliche Durchführung des U-Bahn-Baues ermöglichen wird.

Zur Mariahilfer Straße wurde nochmals betont, daß diese Frage untersucht wird. Derzeit sind jedoch die Verkehrsströme der Mariahilfer Straße keineswegs extrem hoch. Vielmehr sind die Quellen der Hauptverkehrsströme im 14., 15. und 16. Bezirk zu suchen und die Ziele meist im 1. Bezirk. Außerdem wird der Verkehr durch die Mariahilfer Straße nicht mehr stärker werden und der Durchzugsverkehr wegfallen. Trotzdem ist jedoch die Möglichkeit für eine U-Bahn-Linie durch die Mariahilfer Straße nicht präjudiziert.

Bereits seit zwei Monaten, so wurde auch betont, werden Gutachten von unabhängigen Persönlichkeiten in Fragen der U-Bahn-Planung und der Betriebsführung eingeholt. Selbstverständlich wird es das Bestreben sein, Parallelführungen von U-Bahn und Straßenbahn zu vermeiden und in solchen Fällen die Straßenbahn abzubauen.

In der Diskussion wurde auch betont, daß für den Stephansdom keine Gefahr besteht. Die Fachleute wissen über die unterirdische Innenstadt sehr genau Bescheid, so daß es zu keinen gefährlichen Überraschungen kommen kann.

- - -